

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Anne Zerr, Janine Wissler, Doris Achelwilm, Dr. Dietmar Bartsch, Desiree Becker, Janina Böttger, Jörg Cezanne, Agnes Conrad, Mirze Edis, Christian Görke, Cem Ince, Cansin Köktürk, Tamara Mazzi, Pascal Meiser, Zada Salihović, Lisa Schubert, Ines Schwerdtner, Isabelle Vandré, Sarah Vollath, Sascha Wagner und der Fraktion Die Linke

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt

Psychische Belastung bei der Arbeit hat viele Ursachen – Leistungsverdichtung, mangelnde soziale Unterstützung, überlange und ungünstige Verteilung der Arbeitszeit oder Umgebungsfaktoren wie Lärm, Beleuchtung oder Hitze.

Zusätzlich können externe Faktoren, wie Krieg oder die andauernde Lebenshaltungskostenkrise, eine psychische Belastung für Beschäftigte darstellen. Jüngste Daten aus dem DAK-Gesundheitsreport 2025 bestätigen, dass psychische Erkrankungen unter den Top-3-Gründen für eine Krankschreibung liegen (<https://caas.content.dak.de/caas/v1/media/142382/data/8f878876acd7ba6e3076622bcc006219/gesundheitsreport2025-ebook.pdf>). Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) stellt fest, dass sich „angesichts der sich in der Arbeitswelt vollziehenden digitalen Transformation auch Veränderungen der psychischen Belastung bei der Arbeit“ (www.gda-portal.de/DE/GDA/3-GDA-Periode/AP-Psyche) ergeben und hat psychische Belastungen zu einem der Arbeitsschwerpunkte der dritten GDA-Periode (2021 bis 2024) erklärt. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die 3. GDA-Periode bis Ende 2025 verlängert. Auch die Bundesregierung plant die Stärkung der „Prävention von psychischen Erkrankungen“ (Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (KoalIV), S. 16). Jedoch existiert weiterhin keine Anti-Stress-Verordnung, die aus Sicht der Fragesteller geeignet wäre, Beschäftigte vor den Auswirkungen psychischer Belastung bei der Arbeit zu schützen. Bereits am 3. Mai 2013 hatte der Bundesrat eine entsprechende Verordnung beschlossen (Bundesratsdrucksache 315/13).

Mit dieser Kleinen Anfrage soll der aktuelle Stand psychischer Belastungen in der Arbeitswelt und die diesbezüglichen Vorhaben der Bundesregierung erfragt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) in Millionen aufgrund von Psychischen und Verhaltensstörungen gab es nach aktuellsten Daten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2024, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2004, 2009, 2014 und 2019 dar (sollten für das Jahr 2024 keine Daten vorliegen, bitte stattdessen die Daten des jüngsten verfügbaren Jahres verwenden, bitte für die einzelnen Jahre so-

wohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Branche und Alter differenzieren)?

2. Wie viele durchschnittliche AU-Tage je 100 Versicherte bzw. je GKV Mitgliedsjahr (GKV = gesetzliche Krankenversicherung) in der Diagnosegruppe Psychische und Verhaltensstörungen gab es nach aktuellsten Daten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2024, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zu den Jahren 2004, 2009, 2014 und 2019 dar (sollten für das Jahr 2024 keine Daten vorliegen, bitte stattdessen die Daten des jüngsten verfügbaren Jahres verwenden, bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Branchen und Alter differenzieren)?
3. Welche Wirtschaftszweige und Wirtschaftsabschnitte bzw. Berufsgruppen und Tätigkeiten weisen nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2024 besonders erhöhte Durchschnittszahlen bezüglich der „Diagnosetage je GKV-Mitgliedsjahr“ in der Diagnosegruppe Psychische und Verhaltensstörungen auf (bitte nach Geschlecht differenzieren)?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie die Häufigkeit von AU-Tagen je 100 Versicherte bzw. je GKV Mitgliedsjahr in der Diagnosegruppe Psychische und Verhaltensstörungen in den verschiedenen Erwerbseinkommensdezilen verteilt ist?
5. Wie viele Personen sind nach aktuellsten Daten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2024 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen vorzeitig in die Rente eingetreten, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zu den Jahren 2004, 2009, 2014 und 2019 dar (sollten für das Jahr 2024 keine Daten vorliegen, bitte stattdessen die Daten des jüngsten verfügbaren Jahres verwenden, bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Renteneintritten darstellen, bitte nach Geschlecht und Altersgruppen differenzieren)?
6. Wie viele Personen haben nach aktuellsten Daten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2024 aufgrund psychischer Erkrankungen einen Antrag auf Reha bei ihrem Rentenversicherungsträger gestellt und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zu den Jahren 2004, 2009, 2014 und 2019 dar (sollten für das Jahr 2024 keine Daten vorliegen, bitte stattdessen die Daten des jüngsten verfügbaren Jahres verwenden, bitte für die einzelnen Jahre, sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Reha-Anträgen darstellen, bitte nach Geschlecht und Altersgruppen differenzieren)?
7. Auf wie viele Tage beliefen sich nach aktuellsten Daten nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Ausfallzeiten bei psychischen Erkrankungen im Jahr 2024, und wie stellt sich dieser Wert im Vergleich zu den Jahren 2004, 2009, 2014 und 2019 dar sowie jeweils im Vergleich zum Durchschnitt aller Erkrankungen (sollten für das Jahr 2024 keine Daten vorliegen, bitte stattdessen die Daten des jüngsten verfügbaren Jahres verwenden, bitte nach Geschlecht und Altersgruppen differenzieren)?
8. Wie hoch waren nach aktuellsten Daten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2024 die Produktionsausfallkosten und Bruttowertschöpfungsausfälle, die durch psychische Erkrankungen verursacht wurden, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2004, 2009, 2014 und 2019 dar (sollten für das Jahr 2024 keine Daten vorliegen, bitte stattdessen die Daten des jüngsten verfügbaren Jahres verwenden)?
9. Wie häufig sind Beschäftigte nach Kenntnis der Bundesregierung den folgenden Faktoren psychischer Belastung ausgesetzt

- a) starker Termin- und Leistungsdruck,
- b) verschiedene Arbeiten gleichzeitig machen,
- c) häufige Arbeitsunterbrechungen,
- d) arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit,
- e) Unterforderung,
- f) monotones Arbeiten

(bitte die aktuellen verfügbaren Daten angeben und nach Alter, Geschlecht, Branche sowie Basisarbeit, Facharbeit und hochqualifizierter Arbeit unterteilen)?

10. Wie häufig verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung Beschäftigte über die folgenden genannten Ressourcen, um psychischen Belastungen am Arbeitsplatz gewachsen zu sein
- a) Einfluss auf die Arbeitsmenge,
 - b) selbst entscheiden, wann Pausen gemacht werden,
 - c) eigene Arbeit selbst planen,
 - d) Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen,
 - e) Unterstützung durch Vorgesetzte

(bitte die aktuellen verfügbaren Daten angeben und nach Alter, Geschlecht, Branche sowie Basisarbeit, Facharbeit und hochqualifizierter Arbeit unterteilen)?

11. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft, für die eine Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen durchgeführt wurde (bitte nach Betriebsgrößen und Branchen aufschlüsseln)?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Ursachen für die Zunahme von psychischen Belastungen in der Arbeitswelt vor (bitte herangezogenen Quellen benennen)?
13. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu dem Zusammenhang vom empfundenen Druck, permanent erreichbar sein zu müssen, und psychischen Belastungen vor?
14. Welche Ergebnisse hat die Schwerpunktsetzung im Hinblick auf psychische Erkrankungen in der dritten GDA-Periode, die dieses Jahr zu Ende geht, erbracht?
15. Welche Vorhaben plant die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode, um psychischen Belastungen am Arbeitsplatz zu reduzieren und die Prävention psychischer Erkrankungen zu stärken (bitte ausführen und begründen)?

Berlin, den 4. Dezember 2025

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.